

Hier ist der Hebel, mit dem wir Hartz IV kippen!

„Aussteuerungsbetrag“ bedeutet Plünderung der Sozialkassen!

Nach Hartz IV muß die Bundesagentur für Arbeit vierteljährlich einen sogenannten Aussteuerungsbetrag an den Bund abführen. Was so harmlos klingt, ist purer Sprengstoff für Hartz IV, gibt uns die Mittel an die Hand, Hartz IV endgültig zu kippen! Es geht nämlich um eine Summe von rund 7 Milliarden Euro pro Jahr, mit denen die Arbeitslosenversicherung den Bundeshaushalt mitfinanzieren muß! Damit ist Hartz IV ein Gesetz zur offenen Plünderung der Sozialkassen!

Zum Verständnis: Das jetzige Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung, die aus Beitragsmitteln finanziert wird. Die jetzige Arbeitslosenhilfe wird aus Steuermitteln finanziert. Die Kosten für die jetzige Sozialhilfe tragen die Kommunen, d.h. die Städte und Gemeinden.

Mit Hartz IV soll die Arbeitslosenhilfe komplett gestrichen werden. Das (viel niedrigere) Arbeitslosengeld II aber, das die arbeitslos Gemachten im Anschluß an die Versicherungsleistung „Arbeitslosengeld“ bekommen, wird nur noch pro forma aus Steuermitteln finanziert! Der Bund holt sich das Geld von der Bundesagentur für Arbeit zurück!

Das bedeutet, der Bund kassiert quasi doppelt bei Hartz IV: Einmal tritt an die Stelle der in vielen Fällen höheren Arbeitslosenhilfe das niedrige Arbeitslosengeld II; zweitens wird dieses aber nicht wie bisher die Arbeitslosenhilfe aus Steuermitteln, sondern aus den Beiträgen zur Sozialversicherung bezahlt! Man rechnet mit einer jährlichen Summe von rund 7 Milliarden Euro.

Hartz IV besteht also aus zwei wesentlichen Teilen:

1. Der Streichung der Arbeitslosenhilfe und
2. der Kostenverlagerung von der Steuerfinanzierung auf die Beitragsfinanzierung!

Der erste Punkt, die Streichung der Arbeitslosenhilfe, ist inzwischen Gegenstand breiter Proteste. Der zweite Punkt ist bisher viel zuwenig bekannt, auch dieser Punkt verdient genausoviel Protest und Empörung wie die Streichung der Arbeitslosenhilfe!

Es ist bemerkenswert, daß die Kostenverlagerung so verdeckt geschieht. Statt zu sagen: „Die Kosten für das Arbeitslosengeld II werden von der Bundesagentur für Arbeit getragen“, hat man den Umweg mit der Erstattung über einen gut in Hartz IV versteckten Passus gewählt, um zu verschleiern, was da eigentlich läuft! Ohne eine Menge Hintergrundwissen kann niemand erkennen, was dieser Passus bedeutet.

Täuschung und Verharmlosung sind wesentliche Mittel bei dem Versuch, beides durchzusetzen: Die Streichung der Arbeitslosenhilfe wird verharmlosend als „Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ dargestellt, und der zweite entscheidende Punkt von Hartz IV, die Plünderung der Sozialkassen, wird mit dem harmlos klingenden „Aussteuerungsbetrag“ getarnt und tief unten in Hartz IV versteckt (§ 46, Absatz 2 des vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, allgemein bekannt als Hartz IV).

Auf die Straße gegen Hartz IV! Auf die Straße gegen die Plünderung der Sozialkassen!

Ohne die Zustimmung der Gemeinden wäre Hartz IV nicht möglich gewesen! Jetzt zeigt es sich, daß sie sich über den Tisch haben ziehen lassen. Die Zustimmung zur Streichung der Arbeitslosenhilfe wurde ihnen abgekauft mit der Beteiligung an der Beute – an den „Einsparungen“ bei der Arbeitslosenhilfe. Für diesen Preis haben die Gemeinden zugestimmt, daß ihre Bewohner Ansprüche in vielfacher Milliardenhöhe gegenüber dem Bund verlieren. Aber zusätzlich zur Streichung der Arbeitslosenhilfe plündert der Bund auch noch die Sozialkassen. An diesem Teil der Beute werden die Kommunen nicht beteiligt!

Im Gegenteil: Durch die gewollte Verarmung vieler Menschen, durch die Verslumung und das Herunterkommen der Städte kommen Folgekosten in enormer Höhe auf die Städte und Gemeinden zu!

Es wird Zeit, daß die Gemeinden ihre Haltung zu Hartz IV grundlegend ändern, sich dagegen aussprechen, sich dagegen einsetzen!

Als Ergebnis dieses sogenannten „Aussteuerungsbetrages“ soll in Zukunft die Arbeitslosenversicherung, sollen die Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung mit rund 7 Milliarden jährlich den allgemeinen Bundeshaushalt mitfinanzieren! Mit dieser Regelung des „Aussteuerungsbetrags“ wird einmal mehr deutlich, ein wie sinnloses, ein wie ungerechtes, ein wie perfides Gesetz Hartz IV ist!

Unerwartete Verbündete: Gegen diese Regelung in Hartz IV laufen sogar die Arbeitgeberverbände Sturm! Der Bund hält aber gegen alle Proteste auch aus dieser Richtung an dieser Regelung, diesem Anschlag auf die Kasse der Arbeitslosenversicherung fest.

Auch wenn die Unternehmen alle anderen Regelungen von Hartz IV, insbesondere den Arbeitszwang und die angestrebten Lohnsenkungen, begrüßen: Eine Verlagerung von Kosten auf die beitragsfinanzierten Sozialkassen gefällt auch ihnen nicht! 7 Milliarden Euro sind mehr als 10 Prozent der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung!

Hartz IV ist ein Kartenhaus! Sorgen wir dafür, daß es zusammenbricht!

Wenn sogar die Unternehmerverbände sich gegen diesen Teil von Hartz IV aussprechen, dann ist Hartz IV insgesamt ein Kartenhaus, steht auf tönernen Füßen!

Mit der Verbreitung der Information über den zweiten wesentlichen Teil von Hartz IV – die Plünderung der Sozialkassen – steigen die Chancen wesentlich, diese Bedrohung der Menschen, dies Gesetz zur Zerschlagung der sozialen Errungenschaften zu kippen!

Wenn Hartz IV gekippt ist, ist alles so einfach!
So einfach ist die praktische Lösung aller angeblich drängenden Probleme:

Beibehaltung der Arbeitslosenhilfe auf Dauer, zu den Regelungen von 1998. Die Arbeitslosenhilfe ist grundlegendes Element eines Staates, in dessen Grundgesetz das Sozialstaatsgebot verankert ist!

Und ein ganz praktischer Schritt ist die Verlängerung aller Arbeitslosenhilfe-Bescheide mit bisherigem Ablaufdatum 31.12.2004 auf den 31.12.2005. Damit sind alle organisatorischen Probleme, die angeblich so drängen, völlig vom Tisch.

Spitzensteuersatz heben statt senken!

Auch die Finanzierung der bestehen bleibenden Arbeitslosenhilfe ist ganz einfach: Spitzensteuersatz heben statt senken, und eine Vermögensabgabe von den Reichen erheben.

Sonderabgabe von Multimillionären:

Es gibt ungefähr 800 000 Menschen in Deutschland, die 2 Millionen Euro (und oft viel mehr) zur freien Verfügung haben, nicht zum Lebensunterhalt brauchen. Diese Leute würden es noch nicht einmal merken, wenn sie eine Sonderabgabe, einen „Solidaritätszuschlag“, der diesen Namen verdient, in Höhe von 300 000 Euro zahlen müßten.

Für diese Menschen würde sich dadurch nichts ändern: Sie könnten genau wie bisher in ihrer Luxusvilla leben, 3 Autos mit dem Stern (oder dem blauweißen Kreis) fahren, die Ferien in ihrer Villa im Süden verbringen, durch die Welt des Luxus jetten. Nicht, garnichts würde sich für diese Leute ändern außer einer Zahl auf dem Papier. Und die soll sich ändern!

Auf zu den Montagsdemonstrationen in Ost und West!

Anti-Hartz-Bündnis NRW fordert:

Hartz IV stoppen und zurücknehmen! Schluß mit der Plünderung der Sozialversicherung!

Unsere Agenda heißt 3010:

- **30 Stunden sind genug, bei vollem Lohnausgleich!**
- **10 Euro Mindestlohn!**

Weitere Informationen und Kontakt über Internet: <http://www.anti-hartz-buendnis-nrw.de>
e-mail: info@anti-hartz-buendnis-nrw.de